

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,

sehr geehrter Herr Dr. Waigel,

sehr geehrter Herr Dr. Bottermann,

sehr geehrte Mitglieder des Kuratoriums,

meine Damen und Herren,

- es ist mir eine besondere Ehre, Sie - auch im Namen von Frau Ministerin Dr. Barbara Hendricks - für das Bundesumweltministerium zu diesem Festakt zum 25jährigen Jubiläum der Deutschen Bundesstiftung Umwelt begrüßen zu dürfen.
- Frau Ministerin Hendricks, die - wie die meisten von Ihnen wissen – der Stiftung auch als langjähriges Mitglied des Kuratoriums besonders verbunden ist, bedauert es ausdrücklich, dass sie heute Abend aufgrund internationaler Verpflichtungen nicht teilnehmen kann. Sie lässt Sie herzlich grüßen und der Stiftung ein großes Dankeschön für die geleistete Arbeit im Dienste der Umwelt sowie die besten Wünsche für die Zukunft übermitteln.
- Gastgeberin dieses Abends ist die Deutsche Bundesstiftung Umwelt und so haben Sie, lieber Herr Dr. Bottermann als Generalsekretär der Stiftung den Festakt eröffnet und die Teilnehmenden und Gäste begrüßt. Ich betone dies, weil ich im Folgenden in meiner unverkennbaren Doppelrolle weniger als Vorsitzende des Kuratoriums denn als Vertreterin der Bundesregierung und damit des Stifters die Arbeit der DBU würdigen möchte.

[Meine Damen und Herren]

Die zukunftsweisende Entscheidung, die Erlöse aus der Privatisierung der Salzgitter AG in Höhe von umgerechnet fast 1,3 Mrd € 1990 als Stiftungskapital der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) einzusetzen, geht - wie eben noch einmal gehört - auf eine Initiative des Bundesfinanzministeriums zurück.

- Das Bundesumweltministerium hat erst nach der Bundestagswahl im Jahr 2002 innerhalb der Bundesregierung die Zuständigkeit für die DBU übernommen. Die Motive und Gründe für diesen Wechsel waren vielfältig, zum Teil spiegeln sie sich in der Erweiterung des Aufgabenspektrums um den Naturschutz seit dem Jahr 2000. Aus heutiger Sicht bemerkenswert erscheint vor allem, wie wenig Brüche dieser Zuständigkeitswechsel provoziert hat.
- Dass die Federführung für die größte Umweltstiftung Europas beim Umweltministerium liegt, erscheint allen Beteiligten zunehmend selbstverständlich. Dass das Bundesfinanzministerium allerdings weiterhin – gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung – im Kuratorium vertreten ist und sich die drei Bundesressorts regelmäßig und vertrauensvoll in allen Belangen der Stiftung abstimmen, ist möglicherweise schon deutlich weniger naheliegend und präsent.
- Dieser bemerkenswert kooperative und konsensorientierte Geist in der Begleitung der Stiftungsarbeit findet sich auch in der Arbeit der DBU-Kuratorien generell, in der Rolle der dort vertretenen Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages und der Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft, Verbänden und Wissenschaft.
- Nun mögen Spötterinnen und Spötter behaupten, Konsens und Kooperation sei keine Überraschung oder gar herausragende Leistung, wenn man vorrangig in dem Privileg vereint ist, Innovationen und Projekte im Dienste einer guten Sache mit zusätzlichem Geld zu unterstützen.

Grußwort PSt'in Schwarzelühr-Sutter zum 8.12.2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Es gilt das gesprochene Wort!

- Dieser Einschätzung will ich hier gar nicht grundsätzlich widersprechen. Ich möchte Sie aber zugleich auf einen weiteren, mir sehr wichtigen Aspekt dieses Privilegs hinweisen – der Verpflichtung aller Beteiligten, fortwährend um die Qualität, die Ausrichtung und die Relevanz dieser besonderen Fördermöglichkeiten zu ringen und manchmal auch zu streiten.

[Meine Damen und Herren]

- Lassen Sie mich diese Verpflichtung im Folgenden kurz an drei Punkten ausführen:
 - Der Hebelwirkung der Förderung durch den Modellcharakter der Projekte,
 - der Offenheit für neue Themen,
 - und der Notwendigkeit eines übergeordneten Bezugsrahmens.
- Seit der Aufnahme der Stiftungsarbeit im Jahr 1991 hat die DBU über 9200 Projekte mit über 1,6 Mrd. Euro Fördervolumen unterstützt, das sind rund 370 Projekte im Jahr, 31 pro Monat. Allein die absoluten Zahlen verdeutlichen die enorme Breitenwirkung. Hinzu kommt, dass die Stiftung konsequent modellhafte Projekte fördert, die Übertragbarkeit auf andere Unternehmen oder Organisationen ist ein zentrales Förderkriterium.
- Erfolgreiche Innovationsförderung ist dabei alles andere als trivial - Geld allein nutzt hier wenig. Um tatsächliche Hebelwirkungen zu erzielen, braucht man viel Sachverstand, Gespür für das Mögliche und eine gute Portion Risikobereitschaft. Die DBU hat die von ihr geförderten Projekte immer mit höchster Professionalität ausgewählt, entwickelt und kommuniziert - hier ist über die Jahre tatsächlich eine einzigartige Kultur nachhaltiger Projektförderung zur Entlastung der Umwelt gewachsen.

Es gilt das gesprochene Wort!

- Die Stiftung hat sich dabei immer wieder – zu Recht! - neuen Themen und Herausforderungen gestellt. Wer Innovationen fördern will, kann dies kaum in immer gleichbleibenden Mustern und Strukturen leisten; die Offenheit des Blicks, die Bereitschaft zur selbstkritischen Überprüfung und zur Veränderung der eigenen Position sind unabdingbarer Bestandteil einer Innovationsstiftung.
- Mit den sich ändernden Herausforderungen des Umweltschutzes ist die Stiftung seit ihrer Gründung Teil eines permanenten Veränderungsprozesses gewesen. Förderte sie zu Beginn noch Projekte zur Schadenskompensation im Sinne des nachsorgenden Umweltschutzes „end-of-pipe“, orientierte sich die Förderung zunehmend am Vorsorge-Prinzip und baute seit 1998 dann generell auf dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auf.
- Die am 1. Januar diesen Jahres in Kraft getretenen neuen Förderleitlinien der DBU orientieren sich nun in einer klugen Balance einerseits an dem übergeordneten Konzept der planetaren Grenzen und öffnen sich andererseits bewusst auch gesellschaftlichen und stärker risikobehafteten experimentierfreudigen Zugängen.
- Ein bemerkenswertes Beispiel ist in diesem Kontext die unbürokratische und schnelle Reaktion der DBU auf die Herausforderungen des Zuzugs von geflüchteten Menschen: Die Stiftung hat ab September 2015 insgesamt 2,5 Mio. € für Umweltprojekte zur Integration von geflüchteten Menschen bewilligt und innerhalb von zwölf Monaten rund 60 Einzelprojekte zur Entscheidung gebracht. Verbindende Elemente aller Projekte waren Bildung, Qualifizierung und Wissensvermittlung zum Umwelt- und Naturschutz.

[Meine Damen und Herren]

- Lassen Sie mich abschließend auf den übergeordneten Bezugsrahmen des Stiftungshandelns eingehen.

Es gilt das gesprochene Wort!

- Viele von Ihnen haben heute im Laufe des Tages bereits sehr intensiv über die Rollen von Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Kommunikation sowie von sozialen Innovationen in der Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft diskutiert.
- Wenn man im Winter 2016 über die Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft nachdenkt, muss man sich allerdings noch einmal verdeutlichen, dass die Rahmenbedingungen für einen solchen Wandel derzeit besondere Herausforderungen an uns stellen.
- Wir haben es heute in Deutschland, in Teilen Europas, aber auch in den USA mit gesellschaftlichen Bewegungen und politischen Entwicklungen zu tun, die letztlich auch auf eine Transformation abzielen. Eine Transformation allerdings, die eine gänzlich andere Vision verfolgt als die der Nachhaltigkeit.
- Die Visionen rechtsnationalistischer, populistischer Strömungen und ihrer Vordenkerinnen und Vordenker mögen sich durchaus unterscheiden, mitunter auch sehr diffus sein. Unverkennbar ist: Sie alle stellen letztlich die Grundwerte unserer freiheitlichen Demokratien infrage – und sie dürften einer Transformation zur Nachhaltigkeit diametral entgegenstehen.
- Die umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Aufbruchstimmung des Jahres 2015 mit den G7-Beschlüssen, der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie des Weltklimavertrags von Paris ist nach meinem Empfinden durch diese Entwicklungen deutlich getrübt.
- Wir dürfen uns aber, davon bin ich überzeugt, nicht entmutigen lassen. Es kann zwar nicht unser Ziel sein, überzeugte Rechtsnationalisten und eingefleischte Populisten von unseren Anliegen zu überzeugen. Es sollte aber – und zwar noch mehr als bisher – unser Ziel sein, all jenen Menschen überzeugende Argumente und attraktive Zukunftsbilder eines „guten Lebens“ zu vermitteln, die dafür offen sind. Und das sind zum Glück immer noch die allermeisten.

[Meine Damen und Herren]

- Umweltpolitik ist heute auch Gesellschaftspolitik. Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik dient den Menschen und der sozialen Gemeinschaft, prägt neue Leitbilder für Wohlstand, Teilhabe und Lebensqualität und stärkt zugleich Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit. Notwendig ist eine schrittweise Veränderung unserer Routinen in allen Lebensbereichen und gesellschaftlichen Handlungsfeldern.
- Das Bundesumweltministerium hat deshalb im September dieses Jahres sein „Integriertes Umweltprogramm 2030“ vorgelegt. Das Programm formuliert unmissverständlich, dass sowohl die Art, in der wir uns fortbewegen, als auch die heute dominanten Formen der Landwirtschaft, des Konsums und des Ressourcenverbrauchs sich nicht dauerhaft und auch nicht einmal über die kommenden Jahrzehnte fortsetzen lassen.
- Die Einhaltung ökologischer Grenzen – so die These des Umweltprogramms – ist die zentrale Herausforderung für die Umweltpolitik. Im Zusammenhang mit unhintergehbaren individuellen und sozialen Standards und Ansprüchen an Lebensqualität umschreiben sie einen gesellschaftlichen und politischen Gestaltungs- und Handlungsraum, den wir nutzen können und sollten, wenn uns am Gemeinwohl, am Wohl der globalen Gemeinschaft, aber auch an einer Zukunftsperspektive echten, qualitativen Wohlstands für unsere Gesellschaft gelegen ist.

Es gilt das gesprochene Wort!

- Zur Umgestaltung der Schlüsselbereiche Landwirtschaft, Mobilität, Ressourcennutzung und Konsum benennt das Umweltprogramm entsprechend klare Ziele und Maßnahmen.
- Es wird, auch das steht im Umweltprogramm, darüber hinaus darauf ankommen, Umweltpolitik insgesamt zu stärken. Das Bundesumweltministerium sollte die Möglichkeit erhalten, politische Initiativen auch in den Geschäftsbereichen anderer Ministerien anzustoßen.
- So muss aus unserer Sicht die ökologische Steuerreform dringend weiterentwickelt werden, um falsche Anreize und nicht eingepreiste Kosten zu korrigieren. Und ökologisch nicht vertretbare Vorhaben dürfen nicht länger finanziell unterstützt werden. Wir benötigen einen Kriterienkatalog für die umweltgerechte Anlage öffentlicher Gelder. Insgesamt setzen wir uns dafür ein, die soziale Marktwirtschaft weiter zu entwickeln – hin zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft.
- Mit dem Integrierten Umweltprogramm 2030 zeigt das Bundesumweltministerium auch auf, welcher Transformationsbedarf aus unserer Sicht aus der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen entsteht.
- In diesem Zusammenhang ist die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie von zentraler Bedeutung. Ein Entwurf der Neuaufgabe zur Nachhaltigkeitsstrategie wurde im Mai veröffentlicht. Die Strategie ist nunmehr anhand der 17 Sustainable Development Goals aus der Agenda 2030 gegliedert. Auch aufgrund der vielen Stellungnahmen, die zum Entwurf eingegangen sind, wurde in den letzten Wochen und Monaten noch einmal intensiv an der Strategie und vor allem auch an ihren Zielen gearbeitet. Wir hoffen, dass wir noch in diesem Jahr einen Beschluss des Bundeskabinetts über die Neuaufgabe der Nachhaltigkeitsstrategie erreichen.

[Meine Damen und Herren]

- Gut gemachte Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik hat der Gesellschaft, hat jenen, die veränderungsbereit und begeisterungsfähig sind, Vieles anzubieten: Gutes Leben in der Stadt, neue Perspektiven für den ländlichen Raum. Die Möglichkeit, sich an Projekten für den Wandel zu beteiligen, sich vor Ort zu engagieren. Sie hätte auch das Potenzial, zu einem neuen Integrationsprojekt der Europäischen Union zu werden.

Es gilt das gesprochene Wort!

- Wir sollten also selbstbewusst sein. Ideen sind gefragt, mutiges Handeln, Überzeugungskraft und Engagement in der Auseinandersetzung über die Frage: wie wollen wir leben? Wie erreichen wir die gesellschaftliche Unterstützung, die wir für den gesellschaftlichen Wandel zur Nachhaltigkeit benötigen? Wie gehen wir auf die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen ein, nutzen – soweit möglich – ihre Chancen, ohne uns zu verbiegen oder anzubiedern?
- Die DBU mit all ihrer Erfahrung und Offenheit, ihren hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ihren Ressourcen und ihren zahlreichen, sie kritisch begleitenden Freundinnen und Freunden wird hierbei eine wichtige Rolle spielen.
- Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung der DBU! Herzlichen Dank auch für die intensiven Debatten, die Sie heute über die Herausforderungen an uns alle im Kontext der Transformation geführt haben.

Bleiben Sie selbstbewusst und optimistisch!